

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/48. Jahrgang

Juni 2017

Schutzgebühr: 0,40 €

Magistrat will, dass wir den Dreck weg machen

Das neueste Sparmodell der Stadt nennt sich „Sauberkeitspaten“. Freiwillig – so ein Antrag von SPD/CDU/Grüne – sollen sich Menschen verpflichten, „eine bestimmte Anlage, einen Spielplatz oder sogar einen Straßenabschnitt ehrenamtlich ... sauber zu halten...“

Damit will sich die Stadt offenbar stückweise vor der Verantwortung zur

Erfüllung einer ihrer ureigensten Aufgaben - nämlich für Sauberkeit zu sorgen - drücken.

Lediglich die Fraktion Gießener Linke sprach und stimmte gegen die Abwälzung notwendiger städtischer Arbeiten auf gutmütige und gutwillige Mitbürger, die sich von den Phrasen der „gemeinsamen Verantwortung“ beeindruckt und ausnutzen lassen.

Genau für solche Aufgaben sind auch die Steuergelder da, die wir alle bezahlen und erst recht die Straßenreinigungsgeldern, die zusätzlich erhoben werden.

Der Zusatzantrag der AFD, die „Sauberkeitspaten“ mö-

gen doch auch die Aufkleber (die meist gegen Rechts gerichtet sind) entfernen, wurde als zu aufwändig abgelehnt.

Nach dem Verbleib der Reinigungsmaschine zum Entfernen von Kaugummi-Resten, die Stadtrat Rausch (CDU) einst für fast 10.000 Euro gekauft hatte, wurde nicht gefragt.

Statt für ausreichend tariflich bezahlte Reinigungskräfte zu sorgen, hat die Stadt im vergangenen Herbst die
(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

| | |
|--|-----|
| T. Salin: DKP-Bundestagskandidat | S.2 |
| Hetze im Stadtparlament | S.3 |
| Staatsknete für UKGM/BI Wieseckau | S.4 |
| Armut ist Programm/Erfahrungsbericht | S.5 |
| Falsche Begriffe/ Solidarität mit Rojava | S.6 |
| Prozess Y. Avci/Buch zur AfD-Sprache | S.7 |
| Termine | S.8 |



Aus der Polizeistatistik Gießen 2016

„Die Zahl aller Straftaten nahm zwar gegenüber dem Vorjahr um 15.460 Fälle zu. Bemerkenswert ist, dass die Veränderung in der Gesamtzahl der Straftaten maßgleich durch die starke Zunahme (+17.785) der Delikte nach dem Aufenthaltsrecht gekennzeichnet wird.“

Mit anderen Worten: Die „normale“ Kriminalität ist gesunken (mit Ausnahme von Verstößen, die nur von Flüchtlingen begangen werden können) – und das in allen Bereichen. Eine leichte Zunahme von 2% gab es bei Gewaltdelikten, die aber immer noch niedriger als 2011/12 liegen. Raub, Straßenraub, Diebstahl, Ladendiebstahl, Wohnungseinbruch, Schwarzfahren... überall deutlich niedrigere Zahlen, lediglich bei Sachbeschädigungen (hier vor allem Kfz) und bei Drogendelikten gab es eine Zunahme.

Wer da noch ein „Gefühl der Unsicherheit“ herbeireden will oder von der „hohen Ausländerkriminalität“ redet, der lügt – und verfolgt andere Zwecke (s. Artikel auf Seite 3).



Für Frieden und Sozialismus!



Die Verhältnisse spitzen sich zu, Zeit für Widerstand

Warum ich für die DKP zur Bundestagswahl antrete

Bald sollen wir bis 70 arbeiten, Leiharbeit ist die Normalität und Festverträge sind die Seltenheit, Asylantenheime werden angezündet und Offiziere der Bundeswehr wollen als Asylanten getarnt Anschläge in Deutschland verüben.

Für uns werden die Zeiten härter. Für uns Schüler von staatlichen Schulen, die dem Leistungsdruck nicht mehr standhalten, während private Elite-schulen aus dem Boden sprießen. Für uns Studentinnen, die in überfüllten Hörsälen sitzen, während der Bundeswehretat um einige Milliarden angehoben wird. Für uns Arbeiter, die nicht wissen, wie sie mit Ende 60 noch arbeiten sollen, während über

drei Millionen Menschen keine Arbeit finden. Für uns Arbeiterinnen, die im Uniklinikum für mehr Geld, für Entlastung und mehr Personal kämpfen, während das Vermögen der deutschen Milliardäre ins Unermessliche steigt.

Uns wird weisgemacht, es wäre nicht genug Arbeit oder Geld da und es wird versucht uns zu spalten. Manche schimpfen auf die faulen Hartz-IV-Empfänger, andere auf die Flüchtlinge, andere sind neidisch auf die, die nach Tarif bezahlt werden. Aber wir dürfen uns nicht spalten lassen.

Wir haben alle gemeinsame Ziele. Wir wollen einen Lohn und eine Rente, die zum Leben reicht. Wir wollen, dass Wohnungen, Schwimmbäder und Theater bezahlbar sind und Bildung und Gesundheit allen gleich zugänglich sind. Keiner von uns will rassistischer Gewalt oder terroristischen Kriegen zum Opfer fallen.

Welche Farbe das Parteibuch der Verwalter dieses ausbeuterischen, kriegerischen Systems hat, ist mir dabei egal. Meinen Freundinnen und Freunden im CDU-Sachsen geht es weder besser noch schlechter als denen, die in Ramelows Thüringen leben.

Wir brauchen einen Bruch mit dem Kapitalismus, um endlich ein Leben ohne Angst führen zu können. Im Sozialismus gibt es keine Angst vor Arbeitslosigkeit oder Kriegen. Der So-



Tobias Salin (26) macht eine Ausbildung zum Industriemechaniker bei BOSCH in Lollar und ist aktiv im Vertrauenskörper und dem Ortsjugendausschuss der IG-Metall, er hat in Kuba die Ökonomie des Kapitalismus und die des Sozialismus studiert und ist für das Jugendmagazin POSITION im Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend.

zialismus zerstört keine anderen Länder und zwingt so niemanden zur Flucht. Im Sozialismus gibt es bezahlbaren Wohnraum und ein kostenloses Gesundheits- und Bildungssystem für alle. Die DKP steht für den Weg des Widerstands, für den Weg des Friedens und des Sozialismus wie keine andere Partei. Deswegen kandidiere ich auf Listenplatz fünf der hessischen DKP zur Bundestagswahl.

Tobias Salin



(Fortsetzung von Seite 1)

Magistrat will, dass wir...

Einstellung von Leiharbeitern beschlossen, eine besonders verwerfliche Form der Ausbeutung.

Überhaupt zeigt sie viel Fantasie beim Schröpfen der Mitbürger (Grundsteuer B) und wenig im Bemühen, bei ihren eigenen Parteifreunden in Wiesbaden und Berlin auf die Einhaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu drängen. Laut Hessischer Verfassung muss der Staat den Gemeinden alle für ihre Aufgaben notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

Bei einem Verzicht auf Vermögenssteuer und Milliarden an Kriegsausgaben, darin sind sich CDU, SPD und Grüne einig, bleibt halt wenig übrig...

Michael Beltz



Bedrohungs-Szenarien und Hetze im Stadtparlament

Dass man mit Terrorhysterie, innere Sicherheit und Angst vor Ausländerkriminalität Stimmen gewinnen kann, scheinen die letzten Landtagswahlen bestätigt zu haben. In Gießen sind es FDP und AfD, die auf diesen Zug aufspringen wollen.

Die FDP will in einem Berichtsantrag vom Magistrat wissen, was er zu tun gedenkt, damit im Seltersweg „potentielle Anschläge präventiv verhindert werden können“.

Dass nichts unwahrscheinlicher ist, als Opfer eines Terroranschlags zu werden, weiß auch die FDP; aber das Thema eignet sich hervorragend zur Angstmacherei. In der Begründung zu diesem absurden Antrag wird denn auch in infamer Weise darauf hingewiesen, dass Attentäter „den Flüchtlingsstrom genützt“ hätten, weshalb eine besondere Gefährdungssituation in Gießen nicht auszuschließen sei. Diese widerwärtige durch nichts

bewiesene Unterstellung wurde von der Fraktion Gießener Linken nicht nur zurückgewiesen; sie stimmte mehrheitlich dagegen, dass der Magistrat sich mit diesem Antrag befasst, obwohl dies nicht den parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht.

Die AfD zeigte mit ihrer Anfrage zur Ausländerkriminalität erstmals so richtig ihr wahres Gesicht. Sie unterstellte dem Magistrat Untätigkeit und sprach von einer „Mauer des Schweigens um die Gewaltkriminalität von Migranten“. Matthias Riedel, Fraktion Gießener Linke, verwahrte sich daraufhin dagegen, dass die Flüchtlinge unter Generalverdacht gestellt werden, das sei unter aller Sau, und bezeichnete die AfD als Partei der Ausländerfeinde und Faschisten.

Die Fragen selbst konnte der Magistrat schwerlich beantworten, weil die Stadt nicht über Angaben bezüglich

des Anteils der Ausländer an der Kriminalität verfügt. Stadtverordneter Greilich (FDP) brachte es auf den Punkt: Polizeipräsident Paul habe selbst kürzlich bestätigt, dass Ausländer nicht krimineller seien als andere und nicht krimineller als Deutsche.

Das hätte die AfD auch selbst beim Studium der im April vorgelegten polizeilichen Kriminalstatistik 2016 erfahren können, in der nicht nur detailliert alle Straftaten dargestellt wurden, sondern auch ein deutlicher Rückgang gegenüber 2015 zu verzeichnen war (siehe Seite 1). Mit anderen Worten: Gießen ist noch sicherer geworden – allen Flüchtlingen und allen freiwilligen Polizeihelfern zum Trotz. Erika Beltz



Theodor-Litt-Schule wehrt sich gegen Parkgebühren: Keine weiteren Schranken auf dem Bildungsweg!

Schüler und Schülerinnen der Theodor-Litt-Schule wehren sich gegen geplante Parkplatzgebührenerhebung „Die geplante Erhebung von Gebühren für die Parkplätze gegenüber der Theodor-Litt-Schule, an der Ringallee und dem Messeplatz ist nicht zumutbar. Die Parkplätze werden hauptsächlich von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden der Theodor-Litt-Schule und Studierenden der THM genutzt. Abgesehen davon, dass diese Parkplätze ohnehin zu wenig sind und viele am Morgen sehr lange

nach Parkmöglichkeiten suchen müssen, sollen diese nun auch noch Geld kosten. Bildung sollte ein kostenfreies Gut sein.“, heißt es in der – an den Verkehrs- und Ordnungsamt-Dezernenten Peter Neidel gerichteten – Petition.

Wir werden das Anliegen der Schüler und Schülerinnen auf parlamentarischen Weg und wenn das nichts hilft auch auf der Straße unterstützen. Mehr Geld für Bildung anstatt für Militär und Rüstung!

SDAJ & DKP Gießen



Uniklinikum: Viel Staatsknete für privaten Betreiber

Die Rhön AG, seit mehr als 10 Jahren Eigentümer des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), hat sich bei der Landesregierung durchgesetzt: Ab sofort bekommt sie viele Millionen Euro (in 5 Jahren fast 100 Millionen) mehr vom Land als bei der Privatisierung vereinbart wurde.

Das UKGM dient neben der Krankenversorgung der Ausbildung von Medizinern und der Forschung, die dafür verwendeten Mittel muss das Land erstatten. Wieviel das genau ist, lässt sich allerdings schwer ermitteln.

Bei den Verhandlungen sitzt die Rhön AG am längeren Hebel. Für Lehre und Forschung sind die Medizinischen Fakultäten darauf angewiesen, dass der gesamte Medizinbereich auf modernstem Stand betrieben wird. Mit Ankündigungen, einzelne Bereiche abzubauen oder zu vernachlässigen,

kann beliebig Druck ausgeübt werden. Wegen der engen Verzahnung von Krankenversorgung, Lehre und Forschung war die Privatisierung von Anfang an Unsinn.



Nichts wird besser und günstiger, wenn die Profitinteressen einer AG im Vordergrund stehen. Jeder Beschäftigte hat in den letzten 10 Jahren gespürt, wie der Arbeitsdruck immer stärker wurde, Patienten merken, dass das Personal zu wenig Zeit für die Pflege hat. Ärzte, Studierende und Doktoranden beklagten, dass Forschung und Lehre zu kurz kommen.

Deswegen kämpft die Belegschaft schon lange für mehr Personal, konkret für einen Tarifvertrag, der ihre eigene Gesundheit schützt.

Die jetzt vereinbarte Finanzspritze für die Aktiengesellschaft ist ein Grund mehr, den Kampf zu verstärken. Die Erfahrung in anderen Kliniken hat gezeigt, dass dafür Druck auf die Geschäftsführung – also Streiks – das wirksamste Mittel ist.

Gernot Linhart



Städtische Kontrollen kaputt gespart – dank Rettungsschirm und Landesgartenschau?

Hat die Gießener Stadtverwaltung keine Lust, möglichen Schaden von den Bürgern abzuwenden? Oder wurde die Personaldecke der Ämter bereits so kaputt gespart, dass wichtige Sicherheitskontrollen entfallen?

Diesen Eindruck muss haben, wer die eigentümlichen Vorgänge um den Flüssig-Gastank auf dem Gelände der „Strandbar“ beobachtet. Seit Anfang des Jahres bemühte sich Peter Baier von der BI „Wies-eckau“ darum, Licht in das Gerümpel hinter dem Zaun zu bringen.

Der Gastank steht mitten in brennbarem Plunder, einschließlich diverser Propangasflaschen. Eine explosive Mischung – eine Gefahr für Spaziergänger, Beschäftigte in der Bar und ihrer Kunden.

Die Bürgermeisterin (Grüne) sah keinen Handlungsbedarf, wiegelte ab. Das Ordnungsamt meinte, es habe genug gehandelt. Geschehen ist nichts.



Jetzt hat sich Peter Baier an die Aufsichtsbehörde (RP) gewandt. Nach nur sieben Tagen wurde kontrolliert und Fristen gesetzt. Und siehe da: Es wird aufgeräumt.

Anhängig ist noch ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Gießen gegen den Pächter des „Strandbar“-Geländes wegen Missbrauchs eines Landschaftsschutzgebietes – vor allem während der Brutzeiten.

Die Bürger von Erlangen wollten sich ein ähnliches Defizit-Desaster ersparen und stimmten bei einem Bürgerentscheid mit knapp 70 % gegen eine Landesgartenschau.

Auch in Erlangen sollte ein Landschaftsschutzgebiet zum Remi-Demmi-Park verkommen.

Mario Berger

Armut ist Programm im Kapitalismus

„In Gießen lebt... jedes 4. Kind in Armut.“ (OB Grabe Bolz im Januar 2017). - Die Zahl der Kinder in Hartz IV steigt: von 1,47 Mio. (2013) auf 1,54 Mio. (2014) und 1,6 Mio. (2016) (Antwort der Bundesregierung auf eine aktuelle Anfrage der Linkspartei).

Altersarmut wie Kinderarmut nehmen zu in der BRD - während die Reichen reicher werden. Die Bundesregierung könnte helfen, zumal zig Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen erwartet werden.

Trotz bevorstehender Bundestagswahl halten sich die Parteien mit Wahlversprechen für die Ärmsten zurück.

SPD, CDU/CSU und Grüne haben vor 15 Jahren gemeinsam in Absprache mit den Unternehmerverbänden die Agenda 2010 (des Sozialraubs und der Kriege) beschlossen. Sie haben seither gemeinsam ihr Programm arbeitsteilig umgesetzt. Daran darf nicht gerüttelt werden. Wer arm ist, soll arm bleiben.

Es gibt nicht mal Almosen. Arbeitsministerin Nahles will das Rentenni-

veau auf 48% „sichern“ – das ist die Grundlage der Altersarmut. Vor der Agenda betrug die Rente 70% vom Netto-Einkommen.

Die CSU erwägt, das Schonvermögen für Hartz-IV-Bezieher zu erhöhen; das ist lächerlich.

Und alle versprechen Steuererleichterungen – für die, die Steuern bezahlen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer, von der auch Arme etwas hätten, kommt nicht in Betracht.

Für Menschen in Hartz IV gibt es im Produktionsprozess keine Verwendung, sie sind die „Überflüssigen“

Die Armut in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand von 15,7% angestiegen, trotz wirtschaftlich guter Lage sind 12,9 Millionen Menschen in Deutschland betroffen, so der neue Armutsbericht der Wohlfahrtsverbände. (März 2017)

(wie Karl Marx feststellte), die man – wie auch Bezieher von Grundsicherung – nicht verhungern lassen mag.

Die BRD-Regierungen zeigen beachtliche Fähigkeiten in der Durchsetzung von Kapitalinteressen. Und das kann auch gar nicht anders sein. Denn die Logik des Kapitalismus kann nicht aufgehoben werden.

Wenn D. Bartsch, Vize-Vorsitzender der Linkspartei, das Ergebnis seiner Anfrage mit den Worten kommentiert: Hier (bei der Bundesregierung) paare sich Ignoranz mit Unfähigkeit, dann hat er das nicht begriffen. E. Beltz

"Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird das Kapital kühn: 10% sicher, und man kann es überall anwenden; 20% es wird lebhaft; 50% positiv waghalsig; für 100% stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300%, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens." (aus: Karl Marx, "Das Kapital", Bd. I, S. 788)

"Millionen Arbeitnehmer in Deutschland sind von Altersarmut bedroht. Mehr als die Hälfte kann nur mit einer gesetzlichen Rente unter Grundsicherungsniveau rechnen, also weniger als 795 €." (Tagesschau, 24.12.2016)



Ein Erfahrungsbericht: Wie man in Armut lebt

In offiziellen Darstellungen ist hierzulande wenig von Armut und mehr von Armutsgefährdung die Rede. Vor Armut schützt angeblich Hartz IV und Grundsicherung. Wie man damit tatsächlich lebt, schildert die betroffene Echo-Leserin J.Z.:

Schon am ersten ist das Konto im Minus sobald die festen Kosten abgebucht sind. Das Herz rast vor Angst, dass kein Geld aus dem Automat kommt, egal worauf ich verzichtet habe. Kaum Schlaf: wie geht es weiter? Wie die Fassade bewahren? Wer arm ist, ist angreifbar. Kaum noch Kontakte, denn mit Armen will keiner telefonieren. 20 Jahre kein Urlaub, Leben ohne Auto, Internet, TV,

Smartphone, Heizung. An „Luxus“ wie Mikrowelle, Wäschetrockner oder Spülmaschine ist gar nicht zu denken. Arzt und Medikamente nur im Notfall. Kein Hobby oder Verein, kein Kino oder Theater, keine Bücher oder CDs, ein uraltes Telefon ohne Display. Seit über 20 Jahren die gleiche Brille, egal, wie schlecht man damit sieht. Überflüssige Lampen aus, kein Bus oder Taxi. Am besten trinkt man Wasser und isst Haferflocken. Schlecht sitzende 2nd-hand Klamotten, kaputte Schuhe, Haare selber schneiden, Parfümpföbchen statt Deo, nie Geld leihen, Einkaufsliste zusammenstreichen... Es darf auch nichts passieren: keine Fehler, keine Repara-

turen, keine Krankheiten. ARMUT IST ANSTRENGEND: ständig stößt man an Grenzen, egal wie talentiert oder qualifiziert man ist. Wie sehr man sich auch einschränkt, das Geld reicht nicht, ein ausgeglichenes Konto macht nicht satt. Armut macht einsam und krank. Manchmal gibt es Hilfe von jemandem, der früher selber mit kaputten Schuhen zur Schule ging – das ist Solidarität! So sieht also „Armutsgefährdung“ aus. Hartz IV muss durch ein existenzsicherndes Arbeitslosengeld ersetzt werden, die Grundsicherung muss so hoch sein, dass sie ein würdiges Dasein und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gewährleistet.

Falsche Begriffe:

Der 1. Mai ist der Internationale Kampftag der Arbeiterklasse und nicht "Tag der Arbeit"

Die besondere Bedeutung des 1. Mai geht auf Arbeitskämpfe zurück, die schon 1886 in den Vereinigten Staaten begannen. Dabei kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten. Daraus entstand der 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiter auch in Deutschland mit Arbeitsniederlegungen und Streiks. Die Unternehmer reagierten darauf häufig mit Aussperrungen, Entlassungen und Repressionen gegen Gewerkschaftsmitglieder. - Den 1. Mai 1933 vernahmten die Faschisten schließlich als „Tag der Arbeit“ zu Propagandazwecken, um so die kritische Arbeiterschaft von ihrer Ideologie zu überzeugen. Denn schon einen Tag später wurde die freie Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zer-

schlagen und der Tag seines internationalen Charakters beraubt.

Wer heute immer noch sagt, der 1. Mai sei der „Tag der Arbeit“, spricht die Sprache der Faschisten mit ihren Umdeutungsversuchen und verwässert seine Bedeutung im Kampf der Lohnabhängigen gegen die herrschende Klasse.

Der 1. Mai ist der „Tag der internationalen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften“ oder „Kampftag der Arbeiterklasse“. Sowohl im Gedenken an die vergangenen Arbeiterkämpfe, aber auch um solidarisch mit allen Unterdrückten dieser kapitalistischen Welt für Frieden, Freiheit und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen und zu demonstrieren.

Uwe Lennartz



Die DGB-Demo am 1. Mai 2017 in Gießen

Marx-Lesen

Anlässlich des Films „Der junge Karl Marx“ riefen Genossinnen und Genossen der IG-Metall und SDAJ im März 2017 einen Marx-Lesekreis für Neulinge und Interessierte ins Leben. Ziel des Lesekreises ist es, Klassiker wie das „Kommunistische Manifest“ oder „Lohn, Preis, Profit“ nicht allein, sondern gemeinsam zu lesen, zu verstehen und zu diskutieren.

Denn wenn schon in den Feuilletons der bürgerlichen Zeitschriften in den letzten Jahren immer wieder Titel wie „Hatte Karl Marx doch recht!“ oder Ähnliches auftauchen, dann ist das nur ein Ausdruck der unbestreitbaren Aktualität der wissenschaftlichen Erkenntnisse dieses heutzutage viel verschmähten politisch aktiven Journalisten, Philosophen und Wirtschaftswissenschaftlers des 19. Jahrhunderts. Beim Lesekreis werden immer auch aktuelle Bezüge hergestellt. Es werden Fragen gestellt wie: Stehen sich Arbeitende und Kapitalisten noch immer in Form von Klassen gegenüber? Woraus bestehen eigentlich die Profite der Firmen heute wie damals? Und wer bestimmt denn, wie viel meine Arbeit in Geld wert ist?

Wer Lust hat mit zu machen, kann sich unter der E-Mail-Adresse sdaj-giessen@gmx.de melden und auch ohne Vorwissen teilnehmen.

Solidarität mit Rojava



Über 300 Menschen gingen am 29. April in Gießen auf die Straße. Sie demonstrierten gegen die türkischen Bombenangriffe vom 25. April auf die kurdischen Gebiete in Rojava und Shenga und für eine friedliche Lösung in Kurdistan. Der massive Polizeieinsatz war dabei völlig überzogen.

Aus Protest gegen das Verbot vieler kurdischer Symbole trugen die friedlichen Demonstranten weiße Schilder mit dem Namen der Symbole. Hoch die internationale Solidarität! R.G.



Leserbrief

Die Bundesregierung lässt melden: Uns geht es gut

Uns geht es gut. Also brauchen wir auch nichts zu verändern. Denn wer was verändern will ist immer der Böse, vor dem gewarnt werden muss.

Pflegende Berufe demonstrieren für auskömmliche Löhne. Andere haben längst resigniert.

Uns geht es gut. Die Zahl der Arbeitslosen, die Wirtschaftszahlen und man kann die Uhr danach stellen, wann wieder die Zahlen darüber kommen wie viel Geld jeder Deutsche auf der hohen Kante hat.

Redaktionsschluss für
Juli-Echo: Mi., 21. Juni

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Uns geht es gut. Wegen dieser Dauerberieselung setzt bei den Menschen kein Denkprozess ein. Dann würde er ja zu den Bösen gehören, die was ändern wollen. Uns geht es gut. Also hat jeder soziale Gedanke und die Solidarität auf dem Müllhaufen zu landen. Es hat der Egoismus zu herrschen.

Denn uns geht es ja gut. Wie war das mit dem Euro? Seit seiner Einführung haben wir nur gefühlt weniger Geld in den Taschen. Aber Hauptsache uns geht es gut. Bald wird gewählt. Unbedingt daran denken: Uns geht es gut.

Jaa, ich kann es auch nicht mehr hören.
Wolfgang Seibt

Politischer Prozess geht weiter

Am 17. Mai fand am Gießener Amtsgericht der zweite Tag des Prozesses gegen Yakup Avci statt (siehe GE 05/17). Ihm wird vorgeworfen, auf seiner Facebook-Seite ein Foto von einer Demonstration gepostet zu haben, auf dem im Hintergrund eine Fahne der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zu sehen ist. Dies ist seit einer Anordnung von Innenminister de Maizière vom März 2017 verboten. Diesmal begleiteten ihn rund 35 Freunde und politische Mitstreiter, mehr als am ersten Verhandlungstag. Auch die Anwesenheit von Vertretern der Gießener Tageszeitungen zeigte das wachsende öffentliche Interesse am Verfahren.

Dies verlief aber eher unspektakulär: Der Staatsanwalt trat auffallend wortkarg auf und der aus dem Urlaub zurückgekehrte Zeuge konnte kaum

Antworten auf die Fragen des Verteidigers geben. Auf die Beweisführung des Rechtsanwaltes schien die Richterin nicht eingehen zu wollen, das „Schweigen“ von Staatsanwalt und Zeuge dagegen bestimmten ihr Urteil: 1600 Euro plus Gerichtskosten für ein Foto bei Facebook!

Im Prozessbericht der Gießener Allgemeinen vom 18.05.2017 ist auf einem Foto neben der PKK-Fahne auch der Parteiführer Öcalan zu sehen, was auch im Internet öffentlich einsehbar ist. Als juristischer Laie frage ich mich natürlich, warum hier „verbotene Symbole“ gezeigt werden dürfen und woanders nicht.

Insgesamt wurde klar, dass es sich um ein rein politisches Urteil handelt. Wir begrüßen, dass Yakup Berufung eingelegt hat und sichern ihm auch weiterhin unsere volle Unterstützung und Solidarität zu. Rainer Grabowski



Frieden für Kurdistan - Freiheit für Öcalan! Dafür wurde im Juli 2015 in Gießen demonstriert - mit Bild des PKK-Vorsitzenden (auf dem Foto schwarz). Das ist laut Innenministerium nun strafbar.



| | |
|--|--|
| UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP UZ Woche für Woche antikapitalistisch! | 10 Wochen kostenlos testen Hoffnungstr. 18, 45127 Essen info@unsere-zeit.de |
|--|--|

Mit der Sprache der AfD befasst sich das Buch von Jürgen Beetz: Auffällig feines Deutsch

Der Autor analysiert in seinem Buch Formulierungen im Grundsatzprogramm der *Alternative für Deutschland* (AfD), ohne selbst Fachkenntnisse in Sprach- oder Politikwissenschaft zu haben. Dabei verzichtet er ausdrücklich auf sachlich-inhaltliche Argumente sowie die Nennung seiner eigenen politischen und weltanschaulichen Position.

Im einführenden Teil stellt der Autor fest, dass sprachliche Formulierungen sehr entscheidend sind. So kann z.B. durch die Nennung zweier Begriffe „in einem Atemzug“ ein Zusammenhang hergestellt werden. Mit der Verwendung von „Euphemismen“, also beschönigenden Ausdrücken, sollen Fakten verharmlost werden. Wenn dann aber der Autor unter dem Stichwort „vergast“ richtig stellen will, die Menschen „wurden nicht in Gas verwandelt, sondern mit Gas behandelt“, ist das genauso verharmlosend. Sie wurden ermordet!

Den Hauptteil des Buches bilden Untersuchungen zu einzelnen Formulierungen rund um das AfD-Programm. Teilweise handelt es sich um reine Worterklärungen

und allgemeine sprachliche Betrachtungen. So muss man dem Autor aber dankbar sein, wenn er von 538 Synonymen für das Wort „fordert“ nur 90 nennt. Oft kommen „Experten“ zu Wort, die Auswahl erscheint jedoch fragwürdig. So wird unter dem Stichwort „Populismus“, das im AfD-Programm gar nicht vorkommt, der US-amerikanische Politikwissenschaftler Lyons zitiert, Faschismus sei eine Form rechtsextremer Ideologie. Die Definition von Dimitrow fehlt jedoch! Am Ende setzt der Autor sogar Faschismus und Kommunismus gleich, weil beide behaupten würden, die „Lösung für das Volk“ zu haben.

Das Buch soll zwar „weichgespülte Formulierungen“ entlarven, der Autor unterliegt ihnen aber selbst. Die untersuchten Begriffe scheinen ihm besonders am Herzen zu liegen. Ein Zusammenhang mit dem AfD-Programm kann man nur indirekt feststellen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass dadurch nur die Verkaufszahlen gesteigert werden sollen. Schade!

Alibri Verlag, ISBN 978-3-86569-230-6, 10 Euro
Rainer Grabowski

| | |
|--|-------------------|
| 3 WOCHEN GRATIS! | junge Welt |
| Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen. | |
| www.jungewelt.de/testabo Abotelefon: 030 53 63 55 50 | |

Richtigstellung

In der Mai-Ausgabe des Gießener Echo ist auf Seite 4 unter der Überschrift "NSA spioniert auch in Gießen" zu lesen, dass den Gießener Tageszeitungen dies keine Zeile wert gewesen sei. Das stimmt so nicht. Der Gießener Anzeiger teilte uns mit, dass er am 4. November 2016 sehr ausführlich darüber berichtet hat, wie aus beigefügter pdf-Datei ersichtlich, auf die wir gerne hinweisen:

http://www.giessener-anzeiger.de/lokales/hochschule/hackergruppe-veroeffentlicht-daten-angriff-auf-server-der-damalien-fachhochschule-giessen_17444260.htm

2017 ist das „Lutherjahr“: Weit über Deutschland hinaus werden „500 Jahre Martin Luther“ breit gefeiert. Dabei war er nur Teil eines gesellschaftlichen Umbruchs in der Renaissance. Es gab verschiedene Bewegungen gegen die etablierte christliche Kirche, wie die Täufer und Thomas Müntzer, dem radikalen Gegenspieler von Luther. Es kam zu Aufständen, die sich im großen deutschen Bauernkrieg 1523-25 zu einer allgemeinen Erhebung steigerten.

Vortrags- und Informationsabend hierzu:

Am Anfang war der Widerstand

Thomas Müntzer – 500 Jahre Reformation und Bauernkrieg
Mit Bernd Langer, Künstler und Historiker

Donnerstag, 22. Juni, 19 Uhr, DGB Haus Gießen, Dachsaal
Veranstalter: SDAJ Gießen, DKP Gießen, Rote Hilfe Gießen, VVN-BdA Gießen, ARAG Gießen, DGB Mittelhessen

Mitgliederversammlung der DKP Gießen

Mittwoch, 7. Juni, 18 Uhr, Büro der Partei Die Linke, Marktplatz 2

Info-Stände der DKP

Samstag, 3. Juni, ab 10.30 Uhr in der Löwengasse Ecke Seltersweg
Samstag, 1. Juli, Seltersweg 19 (vor H&M)

Projekt A - Eine Reise zu anarchistischen Projekten in Europa

Ein Film von Marcel Seehuber und Moritz Springer
Freitag, 9. Juni, um 19.30 (Einlass 19) Uhr, im Franzis, Franziskaner Str. 4-6, WETZLAR - Eintritt: Spende (3-5 Euro), Veranstalter: FAU Mittelhessen

Hessentag ohne Bundeswehr!

In Rüsselsheim wird im Rahmen des Hessentags am Samstag, dem 10. Juni, der als "Tag der Bundeswehr" begangen wird, demonstriert.
Treffpunkt ist um 10 Uhr am Bahnhof Rüsselsheim, nach einer Kundgebung/Aktion Demo zum Bundeswehrgelände auf dem Hessentag. Dort weitere Kundgebungen und Aktionen. Dazu rufen das Aktionsbündnis der DFG/VK sowie viele weitere Organisationen - darunter auch DKP und SDAJ - auf.

Kuba im Wandel - Lesung und Diskussion

Mittwoch, 14. Juni, ab 18 Uhr im DGB-Dachsaal, Walltorstr. 17

mit
**Paula Klattenhoff,
Tobias Salin,
Karl Wolfgang**

In dem Sammelband berichten 16 junge Menschen über ihre Erfahrungen, die sie auf Kuba während ihres Studiums oder ihrer Arbeit gemacht haben. Wie sind die aktuellen Entwicklungen auf Kuba zu verstehen? Gibt es Rassismus? Wie steht es um die Rechte der Frauen? Wie „frei“ sind die Wahlen und das Internet?...

Außerdem: Buchverkauf und Cocktails, Info-Stände



Organisiert von: DKP Gießen, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, SDAJ Gießen

Verlag Wiljo Heinen, Berlin, 160 Seiten, 10,- Euro

Wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in unserer Auflage von 5000 Stück herausbringen zu können.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.



Das Sofortprogramm der DKP ist in auf 20 Seiten erweiterter Auflage erschienen, ab sofort erhältlich und wird auf Wunsch auch zugesandt.

Umsonstzug

Der nächste Umsonstzug - Demonstration des Schenkens - wird am Samstag, den 3. Juni durch die Gießener Innenstadt ziehen. Start ist wieder um 15 Uhr am Café Amélie (Ecke Walltorstraße/Asterweg), von dort über Kirchen- und Marktplatz durch den Seltersweg. Das Motto: „Es ist genug für alle da - Preise, das immer größere Gefälle zwischen Arm und Reich und die ständige Jagd nach Profit schaden Mensch und Natur“.



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**